

Matthias Weik & Marc Friedrich

DER CRASH IST DIE LÖSUNG

Warum der finale Kollaps kommt
und wie Sie Ihr Vermögen retten



BASTEI ENTERTAINMENT 

von einem »Sturm im Wasserglas«. Der damalige Finanzchef Doug Braunstein behauptete, die betroffenen Derivate-Positionen seien »voll transparent für die Aufseher, welche regelmäßig Information über die Positionen erhalten«. Dann jedoch fand ein US-Senatsausschuss heraus, dass die Bankenaufsicht OCC nichts von den betroffenen Geschäften der Bank wusste.

Konsequenzen für die Bankmanager: keine. Weder die unmittelbar Verantwortlichen noch Dimon, der offenbar sogar im Senatsausschuss gelogen hatte, müssen mit Sanktionen rechnen. Intern wurden die involvierten Manager trotz der massiven Verluste ebenfalls nicht zur Rechenschaft gezogen. Das drängt den Schluss geradezu auf, dass die durch das riskante Vorgehen der Banker erzielten Profite das illegale Vorgehen in den Augen des Vorstands rechtfertigen. Denn nach der Affäre um den »Wal von London« stieg der verfügbare Etat für derlei Spekulationsgeschäfte bei JPMorgan Chase im Jahr 2013 auf 500 Milliarden Dollar.²⁹

- Im Mai 2013 begann sich abermals Ärger über **JPMorgan** zusammenzubrauen. Ermittler der US-Energieregulierungsbehörde FERC warfen der Bank vor, in den Jahren 2010 und 2011 die Strompreise in Kalifornien und mehreren Staaten des mittleren Westens manipuliert zu haben.³⁰ Durch unlautere Gebotsstrategien an den Strombörsen habe man die dortigen Stromnetzbetreiber über den Tisch gezogen. Die Vorwürfe richteten sich in Sonderheit gegen Blythe Masters, eine Topmanagerin der Bank. Masters genießt an der Wall Street eine traurige Berühmtheit als Miterfinderin der Credit Default Swaps (CDS). Das sind jene zu riesigen und undurchschaubaren Paketen gebündelten Schuldverschreibungen, die für die Finanzkrise mitverantwortlich gemacht werden. Masters soll laut *Süddeutsche Zeitung* die dubiosen Energiegeschäfte der Bank gekannt und abgesegnet haben. Ferner habe sie fälschlicherweise unter Eid abgestritten, dass ihr die Probleme bekannt gewesen seien, heißt es in einem Papier der Aufsichtsbehörden.

In diesem Fall gab ihr Dienstherr Dimon zur Abwechslung den »Good Cop« und ging auf die Ermittler zu. Er entschuldigte sich, die Behörden getäuscht zu haben, und gelobte, alles zu tun, um die Situation zu verbessern. Branchenkreisen zufolge stand die Bank kurz vor einem Vergleich. Nach Medienberichten ist davon auszugehen, dass die Behörden ihre Ermittlungen gegen eine Zahlung von rund 400 Millionen Dollar fallen ließen.³¹ Wohl auch deshalb legte JPMorgan Chase im vierten Quartal 2013 zusätzlich mehr als 1,5 Milliarden US-Dollar für mögliche Schadensersatzansprüche zurück.³²

- Im Juli 2013 deckte die *New York Times* auf, dass **Goldman Sachs** den am Rohstoffmarkt zentralen Aluminiumpreis manipuliert hatte. Die Bank hatte 2010 den Lagerhausspezialisten Metro International aufgekauft, durch dessen Lagerhäuser ungefähr ein Viertel des amerikanischen Aluminiums geht, welches überwiegend zu Dosen verarbeitet wird. Die Lieferzeit für Kunden betrug vor der Eingliederung in den Konzern sechs Wochen, im Jahr 2013 sollen es bereits bis zu 16 Monate gewesen sein. Die Bank kassierte für jeden Tag Lagergebühren, welche selbstredend an den Endverbraucher weitergegeben wurden. **Die New York Times sprach von absichtlich**

verschleppten Lagerfristen – welche die US-Verbraucher ungefähr 5 Milliarden Dollar gekostet haben dürften.³³

- Im August 2013 verdonnerte die britische Financial Conduct Authority (FCA) 13 Institute und Kreditkartenaussteller zu Ausgleichszahlungen von insgesamt 1,3 Milliarden Pfund. Sie hatten nach Ansicht der Aufseher unnötige Extra-Versicherungen für Kreditkarten an ihre Kunden verkauft. Zu den bestraften Unternehmen zählen unter anderem Branchengrößen wie die **Royal Bank of Scotland**, **HSBC** und die **Barclays Bank**.³⁴
- Im November 2013 geriet erneut **JPMorgan Chase** in die Schlagzeilen. Offenbar strebte Amerikas größte Bank auch bei Strafzahlungen eine Spitzenposition an. Um die Einstellung mehrerer laufender Verfahren wegen strittiger Hypothekengeschäfte zu erreichen, zahlte die Bank die höchste Summe, die jemals von einem US-Unternehmen im Zuge einer außergerichtlichen Einigung aufgebracht werden musste: sage und schreibe **13 Milliarden Dollar!** Laut Reuters hatte sich JPMorgan mit dem US-Justizministerium auf diese Summe geeinigt. Sie entsprach dem Gewinn der Bank im zweiten Halbjahr 2013.³⁵ James Dimons Prämien waren dadurch freilich nicht gefährdet. Dimon erhielt trotz besagter Strafzahlung zusätzlich zu seinem Grundgehalt von 1,5 Millionen Dollar einen Bonus von 18,5 Millionen Dollar – in Form von Aktienoptionen.³⁶
- Ebenfalls dabei: die **Deutsche Bank**. Im Dezember 2013 bezahlte sie 1,4 Milliarden Euro an die beiden staatlichen US-Immobilienfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac, da diese sich von den Frankfurtern bei Hypothekengeschäften in den Jahren 2005 bis 2007 betrogen sahen. Versteht sich, dass auch dieses kleine Taschengeld keineswegs als Schuldeingeständnis gewertet werden darf.³⁷
- Im Februar 2014 musste die **Bank of America** für die faulen Kredite einer Tochterfirma 8,5 Milliarden Euro Schadensersatz zahlen.³⁸
- Im selben Monat zahlte die US-Investmentbank **Morgan Stanley** den staatlichen Immobilienfinanzierern Fannie Mae und Freddie Mac insgesamt 1,25 Milliarden Dollar. Das Haus hatte in seinen Verkaufsunterlagen die hauseigenen Hypotheken-Papiere viel zu positiv dargestellt und deren erhebliche Risiken komplett in klein gedrucktes Wischiwaschi verpackt.³⁹
- Nicht immer ist der Endkunde der Dumme. Die Helden der Finanzbranche zocken sich gern auch gegenseitig ab. Im Herbst 2013 etwa entschädigte – ja, die schon wieder – **JPMorgan Chase** institutionelle Investoren mit 4,5 Milliarden Dollar für Verluste aus umstrittenen Hypothekengeschäften.⁴⁰ Einen Teil des Geldes sollen die Allianz-Tochter Pimco und die Bayerische Landesbank – genau, die mit der notverstaatlichten Pleitebank Hypo Alpe Adria⁴¹ in Österreich! – bekommen.

- Ende September 2014 berichtete das »Wall Street Journal«, dass die amerikanische Justiz gegen die **Commerzbank** ermittelt, weil sie gegen die Vorschriften zur Geldwäschebekämpfung verstoßen habe. Kurz darauf wurde bekannt, dass die Bank 800 Millionen Euro Strafe zahlen wird.
- Einem Bericht der »Times« zufolge drohen der größtenteils verstaatlichten britischen **Royal Bank of Scotland (RBS)** 2015 hohe Strafzahlungen für mutmaßliche Vergehen aus der Zeit der Finanzkrise. Die Rechtsstreitigkeiten, die im Zusammenhang mit dem Verkauf von sogenannten Ramschpapieren in den Vereinigten Staaten stehen, könnten die Bank mehr als fünf Milliarden Pfund kosten.
- Mutmaßliche Zinsmanipulationen kommen die **Deutsche Bank** 2015 teuer zu stehen. Mit den Behörden in den Vereinigten Staaten und Großbritannien einigte man sich auf eine Zahlung in Höhe von 2,5 Milliarden Dollar. Das sind umgerechnet ca. 25 000 Dollar pro Mitarbeiter der Deutschen Bank.
- Die schmutzigen Geschäfte der Schweizer Privatbank **HSBC** sorgten 2015 für viel Wirbel. Korrupte Politiker, Waffenhändler und andere Kriminelle haben über Jahre hinweg deren Konten genutzt, um Gelder zu waschen, Besitztümer zu verheimlichen und Steuern zu hinterziehen. Die Bank wusste zwar in vielen Fällen über die dubiosen Machenschaften Bescheid. Geschäfte machte sie trotzdem mit ihnen.

Wie Banken den deutschen Staat abzocken

Bankgeschäfte, die darauf abzielen, den Steuerzahler zu schädigen, sind für eine Landesbank und jedes andere seriöse Finanzinstitut völlig unvertretbar.

Peter Tschentscher (SPD), Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Im November 2013 kam ans Licht, wie deutsche und ausländische Banken den deutschen Fiskus mit dubiosen Steuerdeals um Milliarden betrogen haben. Die Banken nutzten dabei eine bis 2012 bestehende Gesetzeslücke aus. Mit deren Hilfe war es erstaunlicherweise möglich, Kapitalertragsteuern doppelt erstattet zu bekommen. Im Klartext: **Banken haben sich Steuern erstatten lassen, die sie vorher überhaupt nicht bezahlt hatten!** Die zuständigen Behörden gehen von einem Schaden in Höhe von mehr als zehn Milliarden Euro aus.⁴²

Vereinfacht gesagt wurde dabei mit Aktien gehandelt, die den Beteiligten am Geschäft nicht gehörten. Das sind die oft zitierten sogenannten Leerverkäufe. Sämtliche Deals wurden kurz vor und nach den fälligen Dividendenausschüttungen abgewickelt. Und die Aktien wurden rund um den Globus mehrfach hin und her verkauft, um weitere Verwirrung zu stiften. Am Ende hatte man die Finanzämter so durcheinandergebracht, dass diese mehrfach Gutschriften auf fällige Dividendensteuern einräumten. Wenn Sie ein paar Aktien in Ihrem Depot halten und sich angesichts der von Ihrer Bank automatisch

versandten Steuermitteilung jetzt fragen, was der ganze Aufwand bringen soll: Denken Sie einfach an 10 000 statt an fünf oder zehn Unternehmenswerte sowie an Millionen Stück pro Aktie statt an jeweils 10 oder 100. Dann macht Kleinvieh richtig Mist!

Professor Carl-Christian Freidank, Steuerrechtler an der Universität Hamburg, sieht in der beschriebenen Praxis »eine unzulässige Steuergestaltung, und wenn diese vorsätzlich begangen wurde, dann ist es Steuerhinterziehung«. Die Banken – Unrechtsbewusstsein, nein danke! – verweisen natürlich auf besagte Gesetzeslücke: »Zu den maßgeblichen steuerlichen Rechtsfragen werden (...) unterschiedliche Auffassungen vertreten. Sie sind höchstrichterlich nach wie vor nicht geklärt, sodass die Rechtslage offen ist«, erklärte etwa die HypoVereinsbank. Im Falle gerade dieser Bank ermittelt die Staatsanwaltschaft gleichwohl wegen Verdachts auf schwere Steuerhinterziehung.⁴³

Im Dezember 2013 durfte die Öffentlichkeit einen weiteren Bankenskandal zur Kenntnis nehmen. Die staatliche HSH Nordbank hat anscheinend ebenfalls den Staat betrogen. Sie war in dubiose Börsengeschäfte verwickelt, mit deren Hilfe sie dem Fiskus Steuern in Millionenhöhe vorenthielt. Nachdem die Steuertricks bei einer Bilanzprüfung entdeckt wurden, zahlte die Landesbank der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein 127 Millionen Euro Steuern nach. 2014 drohten weitere Steuernachzahlungen. Besonders pikant: Ausgerechnet in den Jahren 2008 bis 2011, also in der Zeit, in der die Bank mit einer Kapitalspritze von drei Milliarden Euro und Landesbürgschaften über zehn Milliarden Euro vom Steuerzahler vor dem Bankrott gerettet wurde, haben deren Aktienhändler Steuern hinterzogen. Sage noch mal einer, dass man die Hand nicht beißen kann, die einen füttert.⁴⁴

Doch damit nicht genug: Aufgrund einer Anklage wegen schwerer Untreue in einem dubiosen Überkreuzgeschäft namens Omega 55 musste sich der komplette Ex-Vorstand der Bank vor Gericht verantworten. Die Zweckgesellschaft »Omega Capital Funding 55« hatte die HSH Nordbank 2007 gemeinsam mit der französischen Großbank BNP Paribas in Dublin gegründet. Die HSH brachte in dieses Finanzvehikel Immobilienkredite im Volumen von mehr als zwei Milliarden Euro ein. Diese lagen damit außerhalb der Bilanz. Folglich musste die Landesbank dafür kein Eigenkapital hinterlegen. Nach Ansicht der Verteidiger, aber auch von Finanzexperten ein nicht unübliches Geschäft. Die Staatsanwaltschaft vermutete jedoch dahinter die Absicht, die Eigenkapitalquote der HSH für den für 2008 geplanten Börsengang zu »optimieren«.⁴⁵

Ferner wurde dem ehemaligen Bankchef Dirk Jens Nonnenmacher aka »Dr. No«, dem Herrn mit den schwarzen, gegelten Haaren, der perfekt in das Bild eines Zocker-Bankers passt, und dem damaligen Kapitalmarkt-Vorstand Jochen Friedrich zudem unrichtige Darstellung der Bilanz vorgeworfen. »Mit dieser Bilanzkosmetik sollen sie angeblich die teuren Folgen des Omega-Geschäfts übertüncht haben«, so die *Süddeutsche Zeitung*.⁴⁶

Eine Bank, die für sich behauptet, ihr sei die Tragweite dieser Geschäfte nicht klar gewesen, muss sich fragen lassen, ob sie überhaupt geschäftsfähig ist.

Wolfgang Kubicki, Fraktionschef der FDP im schleswig-holsteinischen Landtag ⁴⁷

Angesichts solcher »Affären« kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass eine gewisse kriminelle Energie zum Geschäftskonzept vieler Banken gehört. Milliarden-Strafen für halblegale bis illegale Praktiken scheinen gar als Geschäftskosten von vornherein einberechnet zu werden. Kein Wunder: **Warum sollten Banken sitten- oder gar gesetzwidrige Geschäftspraktiken ändern, solange die Gewinne aus kriminellen Machenschaften die Strafzahlungen übertreffen?** Wenn wir also morgen den Wirtschaftsteil aufschlagen und lesen, dass jetzt auch beim Institut XY illegale Geschäfte in zurückliegenden Jahren aufgefliegen sind, werden wir jedenfalls nicht vor Staunen vom Stuhl fallen.

Der Libor-Skandal

Da wir uns nicht erst seit gestern mit den fragwürdigen Methoden der Finanzbranche beschäftigen, hielten wir uns eigentlich für relativ abgebrüht. Was Mitte 2012 ans Licht der Öffentlichkeit gelangte, hat aber auch uns noch einmal sprachlos gemacht. **Über Jahre haben die Bank of America, Barclays, Mitsubishi-UFJ, die Citibank, Credit Suisse, die Deutsche Bank, HSBC, JPMorgan Chase, Lloyds, die Royal Bank of Scotland und die schweizerische UBS den sogenannten Libor manipuliert, den Zinssatz für Geschäfte zwischen Banken.**⁴⁸ Schön, die Betrüger betrügen sich also gegenseitig, mögen Sie jetzt denken. Doch welche Zinsen sich Banken gegenseitig zahlen, daran hängt – weit mehr als an den berühmten »Leitzinsen« der EZB oder der Fed –, wie viel Zinsen der Hersteller Ihrer Lieblingsschokolade zahlen muss – der diese Zinsen natürlich einpreist. Oder die Supermarktkette, bei der Sie Ihre Schokolade kaufen. Oder wie viel Sie für Ihren Haus- oder Autokredit hinblättern dürfen.

Der Libor als Zinsindikator

Die **London Interbank Offered Rate** (eigentlich LIBOR, meist aber »Libor« geschrieben) gibt an, zu welchen Konditionen sich Banken weltweit gegenseitig Geld leihen. Der Euribor ist die Euro-Variante dieses Zinssatzes. Beide Referenzwerte werden täglich von einer Reihe internationaler Großbanken gemeinsam festgelegt.

Man sollte denken, dass Ehrlichkeit hier im Interesse aller Beteiligten liegt, dass ihnen der Sinn des moralischen Grundsatzes »Was du nicht willst, das man dir tut ...« ganz unmittelbar einleuchtet. Weit gefehlt! LIBOR und Euribor haben nämlich weit reichende Wirkungen auf dem gesamten Finanzmarkt. Sie dienen als Grundlage für Geschäfte in Billionenhöhe. Vom Baukredit bis zum hoch komplexen Derivate-Geschäft richten sich die Preise nahezu aller Finanzmarktprodukte nach ihnen. Vor allem Produkte mit variablem Zinssatz reagieren hochsensibel auf Libor und Euribor. Steigen beide, bekommen Sie mehr Zinsen für Ihren Sparbrief – müssen aber als Häuslebauer mit höheren Belastungen rechnen. Fallen die Sätze, ist es umgekehrt. Und schon kleinste Veränderungen hinterm